

RATHAUSREPORT

Kooperation am Ende

Falsches Spiel bei der Beigeordneten-Wahl

Mit diesem Ausgang hatte wohl niemand gerechnet am 7. Dezember: Der von den Grünen gewünschte und vom Oberbürgermeister vorgeschlagene Kandidat, Baustadtrat Christoph Nolda aus Kassel, fiel in drei Wahlgängen durch – abgelehnt jeweils von einer absoluten Mehrheit der Stadtverordneten. Unmittelbar nach dem 3. Wahlgang zogen die Grünen die Konsequenzen aus dem Debakel. Sie verkündeten



Das Ende der „Kooperation“ – betretene Gesichter...

Foto: Bernd Gartenschläger

den wartenden Medien und den anderen Fraktionen ihren Ausstieg aus der Rathauskooperation. Fraktionschef Schüler sprach von Betrug – ein nicht unberechtigter Vorwurf. Hatten doch die Fraktionschefs von SPD, CDU und Grünen Nolda noch tags zuvor als gemeinsamen Wunsch-Kandidaten benannt. Dennoch stimmten mindestens ein Drittel der Stadtverordneten der Kooperation gegen ihn. Der Oberbürgermeister rang sichtlich mit der Fassung. Ein Déjà vu in mehrfacher Hinsicht. Die letzte Zitterpartie bei einer Beigeordnetenwahl ist erst einige Wochen her – bei Mike Schubert hatte die Kooperations-Disziplin zu guter Letzt aber doch noch gegriffen.

DIE LINKE hatte sich bereits im Vorfeld für die Wahl des konkurrierenden Bewerbers Bernd Rubelt aus Eutin ausgesprochen. Auch in SPD und CDU hielten ihn offenbar viele für den geeigneteren Bewerber, beugten sich aber dem Votum der vorschlagsberechtigten Grünen. Am Ende stehen viele Verlierer: Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik wurde so ganz sicher nicht gestärkt. Die Grünen haben keinen Beigeordneten ge-

wonnen und nun auch ihr Mitspracherecht in der Kooperation aufgegeben. SPD und CDU verfügen nicht mehr über eine Mehrheit im Stadtparlament, der Oberbürgermeister hat seine Machtbasis in der SVV verloren. Und das in einer Situation, in der die Haushaltsberatungen beginnen und auch die nächste Beigeordnetenwahl bereits im Frühjahr ansteht. Dann ist das Ressort Bildung, Sport und Kultur neu zu besetzen. Hier erwarten viele die Bewerbung von Clemens Viehrig (CDU), dem Vorsitzenden des Bildungsausschusses. Hans-Jürgen Scharfenberg konnte dem Abend dennoch etwas Gutes abgewinnen: „Es kann ja nur besser werden – mit wechselnden Mehrheiten.“ Und das muss ja für die Stadt nichts Schlechtes sein!

Wir wünschen allen Potsdamerinnen und Potsdamern eine besinnliche Adventszeit, frohe Weihnachten, einen guten Start in das neue Jahr und ein friedliches 2017.

Mit auf den Weg ...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer, mit der jämmerlich gescheiterten Wahl für das seit mehr als einem Jahr unbesetzte Amt des Bau-beigeordneten ist erneut deutlich geworden, dass die auf Postenschacher und Ausgrenzung der Linksfraktion gegründete Rathauskooperation mit ihrem Vorgehen der Stadt Schaden zufügt.



Dass in drei geheimen Wahlgängen eine absolute Mehrheit gegen den von den Grünen gewollten Kandidaten stimmte, weist auf eine eklatante Fehleinschätzung des Oberbürgermeisters hin. Die Fraktionsvorsitzenden von SPD und CDU haben gegenüber dem OB und auch gegenüber der Öffentlichkeit eine geschlossene Haltung ihrer Fraktionen für diesen Personalvorschlag vermittelt.

In geheimer Wahl trat aber genau das Gegenteil ein. Hier ist offensichtlich mit gezinkten Karten gespielt worden. DIE LINKEN haben von vornherein volle Zustimmung für den anderen Kandidaten, Herrn Rubelt, signalisiert und gefordert, dass der Oberbürgermeister zeitnah diesen alternativen Personalvorschlag einbringt. Das von den düperten Grünen veranlasste Auseinanderbrechen der Kooperation ist keine Katastrophe, sondern eine Chance für die Stadt. Es kann eigentlich nur besser werden. Bei wechselnden Mehrheiten können sich alle Fraktionen im Wettstreit um die besten Ideen einbringen. Die Linksfraktion wird dabei ihrem Ruf als konstruktive und berechenbare Kraft gerecht werden.

Mit den besten Wünschen für ein frohes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches Jahr 2017
Ihr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Alle Jahre wieder: Haushalt und Bürgerhaushalt

Das Scheitern des Oberbürgermeisters bei der Wahl eines neuen Baubeigeordneten ist am Tag nach der Stadtverordnetenversammlung medienfüllend.

So wird kaum wahrgenommen, dass der Oberbürgermeister alle Jahre wieder in der gesetzlichen Pflicht steht, spätestens im Dezember einen genehmigten Haushalt für das



nächste Jahr zu veröffentlichen. Davon sind wir auch in diesem Jahr weit entfernt. In der Dezembersitzung wurde der Entwurf eingebracht. Die Rechte der Stadtverordneten nahm er dabei wieder einmal nicht ernst. Erst zwei Tage vor der Sitzung hatten sie dieses mehrbändige Werk der Haushaltssatzung erhalten. So bestand keine ausreichende Möglichkeit, bereits mit der Einbringung des Haushaltsentwurfes richtungsweisende Änderungsanträge einzubringen. Trotzdem haben wir LINKEN, auch alle Jahre wieder, beantragt, das kostenlose Schulessen für sozial benachteiligte Kinder einzuführen. Bei einem Haushaltsüberschuss von 21 Mio. Euro im Jahre 2014 sollte es diesmal gelingen.

Und abschließend noch ein Lichtblick für die Konzeption des Bürgerhaushaltes. Die Lenkungsgruppe prüft derzeit, wie die Ergebnisse des Bürgerhaushaltes eher vorliegen und so in der Aufstellung künftiger Haushalte berücksichtigt werden können. Auf das Ergebnis dieser Diskussion im nächsten Jahr dürfen wir alle sehr gespannt sein.

Peter Kaminski,
finanzpolitischer Sprecher

Haushalt 2017 eingebracht

21 Mio. Überschuss im Jahresabschluss 2014

Auch wenn es aufgrund der gescheiterten Beigeordnetenwahl kaum noch jemand wahrnahm - die Einbringung des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2017 ist für Potsdam sicherlich von mindestens ebenbürtiger Bedeutung. Kämmerer Burkhard Exner stellte neben dem Haushaltsentwurf und dem Wirtschaftsplan des Kommunalen Immobilienservice (KIS) auch den Jahresabschluss 2014 vor. Er erinnerte an die erfolgreiche Entwicklung der Stadt seit 1990, die von Jahr zu Jahr an Dynamik gewinnt. Mehr als 2.000 Einwohner kommen derzeit pro Jahr hinzu - in 20 Jahren wird Potsdam über 200.000 Einwohner haben.

Die Stadt ist finanziell solide aufgestellt, muss aber derzeit und in den kommenden Jahren erhebliche investive Herausforderungen bewältigen - bei sinkenden Landeszuweisungen. Mit dem Jahresabschluss 2014 wurde aus dem geplanten Defizit von 8 Millionen am Ende ein Plus von 21 Mio. Ähnliches haben wir auch bei vergangenen Jahresabschlüssen erlebt. Regelmäßig werden geplante Defizite im Ergebnis zu Überschüssen. Erstmals konnten 2014 sogar eigene investive Mittel in Höhe von 13 Mio erwirtschaftet werden. Mit diesen sollen nun die Eigenmittel des KIS gestärkt werden. Exner sieht darin einen Erfolg des Konsolidierungskurses der vergangenen Jahre. Die Bilanz zeigt aber eben auch: Es gibt sehr wohl Spielräume in der prosperierenden Stadt, sowohl die investiven Herausforderungen zu

meistern als auch aus eigener Kraft für sozialen Ausgleich zu sorgen. DIE LINKE wird im Rahmen der Haushaltsberatungen versuchen, eigene Akzente zu setzen, z.B. bei der jährlich neu diskutierten Frage des kostenlosen Mittagessens an Potsdams Schulen oder der weiteren Verbesserung der Personalausstattung in den Kitas.

Wie in jedem Jahr mahnte Exner, sich nicht auf dem augenblicklich guten Ergebnis auszuruhen. Ein Überschuss müsse dauerhaft erwirtschaftet werden, um die notwendigen Investitionskredite schultern zu können. Im Wirtschaftsplan des KIS bis 2020 stehen bereits jetzt 214 Mio Euro für Schulen, Sportanlagen und öffentliche Infrastruktur. Diese Summen werden weiter anwachsen. Neben den Investitionen vor allem in Immobilien muss dann aber eben auch der Betrieb dieser neu geschaffenen Kapazitäten dauerhaft finanziert werden, was weitere erhebliche Anstrengungen bedeutet. Geplant ist für 2017 ein Defizit von 10,8 Mio, für 2018 von 8,2 Mio. Auch diese Planung hat Tradition im Hause Exner. Der ausgeglichene Haushalt ist aber eben kein Wert an sich - Spielräume sollten dazu genutzt werden, Potsdam weiter zu einer Stadt für alle ihre BürgerInnen zu entwickeln.

Die zum Haushalt gehörenden Vorlagen wurden zur Diskussion in die Fachausschüsse überwiesen. Die endgültige Beschlussfassung in der SVV ist für März geplant.

Fragen – Antworten

Leichte Sprache im Jobcenter

Aufgrund negativer Erfahrungen bei der Begleitung von Betroffenen fragt Jana Schulze nach Informationsangeboten und Anträgen des Jobcenters in leichter Sprache. Der Sozialbeigeordnete Mike Schubert verweist in seiner Antwort zunächst auf das Internetangebot der Arbeitsagentur. Über die Startseite seien dort sowohl Informationsangebote in leichter Sprache als auch ein Wörterbuch mit Erläuterungen zu Fachbegriffen sowie weitere Hilfestellungen zu finden. Formulare und Anträge stehen aufgrund der spezifischen Inhalte und zugrundeliegender Rechtsvorschriften allerdings nicht in leichter Sprache zur Verfügung. Alle MitarbeiterInnen seien aber bemüht, nötige Hilfen und Beratung im Einzelfall anzubieten und ggf. auch kompetente Unterstützung hinzuzuziehen.

Kulturpolitisches Konzept

Dr. Karin Schröter will wissen, wann der Oberbürgermeister die Fortschreibung des Kulturpolitischen Konzepts für Potsdam vorlegen

wird. Die Vorarbeiten im Kulturausschuss sind bereits seit 2015 abgeschlossen. Für die Verwaltung erläutert die Kulturbeigeordnete Fr. Dr. Magdowski den umfangreichen Abstimmungsprozess mit den Akteuren. Eine Vorlage sei für die SVV im März geplant.

Verkehrssicherheit in der Hegelallee

Unsicherheiten bestehen immer wieder in Bezug auf die Vorfahrtberechtigung auf der Mittelpromenade der Hegelallee, die von Radfahrern gern genutzt wird. Nachdem die unklare Situation durch ein Verkehrsgericht kürzlich kritisiert wurde, will Ralf Jäkel wissen, ob die Stadt nicht kurzfristig durch eine entsprechende Beschilderung in den Kreuzungsbereichen mehr Sicherheit schaffen kann. Die Promenade an sich sei kein Unfallschwerpunkt, teilt Herr Goetzmann für die Verwaltung mit. Aufgrund des Gerichtsurteils befinde man sich derzeit allerdings erneut in einem Prüfverfahren, dessen Ergebnis im Januar vorliegen soll. Er weist allerdings darauf hin, dass grundsätzlich entschieden werden müsse, ob der Promenaden- oder der querende PKW-Verkehr Vorrang haben soll.

Fragen - Antworten

Rauchfreie Haltestellen

Trotz eines SVV-Beschlusses in 2013 ist das Rauchverbot in den ViP-Wartehäuschen bisher nicht umgesetzt. Auf die Frage von Birgit Müller antwortet der Oberbürgermeister: Es fehlt an der rechtlichen Grundlage zur Durchsetzung eines allgemeinen Rauchverbots. Der Eigentümer der Wartehäuschen, die Firma Wall, hat die Anbringung entsprechender Hinweise untersagt. Die Kampagne des ViP, die Appellcharakter hatte, hat bisher nicht zum gewünschten Ergebnis geführt. Weitere Handlungsmöglichkeiten werden seitens der Verwaltung nicht gesehen. Ein entsprechender Antrag der LINKEN wird später am Abend in die Ausschüsse überwiesen.

Licht auf dem Schlaatzweg

Sascha Krämer will wissen, ob die Verwaltung Möglichkeiten sieht, die beliebte Radverbindung zwischen dem Horstweg und der Friedrich-Engels-Straße mit Laternen auszustatten. Nachts ist die Verlängerung des Stern-Schlaatz-Radwegs Richtung Innenstadt komplett unbeleuchtet und durch den Wegezustand und Verlauf extrem gefährlich. Herr Goetzmann teilt mit, dass derzeit nichts Entsprechendes vorgesehen ist und die Aufstellung von Laternen in Grünflächen grundsätzlich nicht üblich sei. Mit einer Änderung des Zustands ist vorerst also nicht zu rechnen.

Buswartehäuschen am Netto Eiche

Nach der Aufstellung einer Haltestelle in der Kaiser-Friedrich-Straße erkundigt sich Ralf Jäkel. Zwar sei mit dem Eigentümer Netto zwischenzeitlich eine Einigung über die erforderliche Fläche erzielt worden, teilt Herr Goetzmann mit. Allerdings sei

die Firma Wall nicht an dem Standort interessiert, weil er sich für eine Werbefinanzierung nicht rechne. Daher komme nur eine Eigenrealisierung durch die Stadt in Frage, für die zunächst die benötigten Mittel bereitgestellt werden müssten.

Beschlossen

Rettung der Düsteren Teiche

Nachdem die Verwaltung lange keinen Handlungsbedarf sah und die Verlandung der "Düsteren Teiche" zwischen Katharinenholz und Eiche mit natürlichen Schwankungen erklären wollte, haben die Ausschussberatungen und Vor-Ort-Termine zu einem Umdenken geführt. Die von der LINKEN vorgeschlagenen Maßnahmen wurden beschlossen.

Gedenktafel für Hannah Ahrendt

Der Vorschlag der LINKEN, die Voraussetzungen für die Anbringung einer Gedenktafel am ehemaligen Wohnort von Hannah Ahrendt zu prüfen, fand eine breite Mehrheit im Stadtparlament. Die Prüfung soll ebenfalls aufzeigen, ob eine Finanzierung des Vorhabens aus städtischen Mitteln erfolgen kann. Die weltbekannte Politikwissenschaftlerin und Publizistin wirkte in den 20er Jahren in Potsdam.

Hilfe für Idomeni-Flüchtlinge

Zwei fraktionsübergreifende Anträge zum Schicksal der in Griechenland gestrandeten Flüchtlinge wurden mit breiter Mehrheit beschlossen. Sie beinhalten die Unterstützung ehrenamtlichen Engagements bei der Familienzusammenführung und fordern den Oberbürgermeister auf, bei den zuständigen Stellen auf eine Erleichterung der entsprechenden Regelungen hinzuwirken. Außerdem erklärt sich die Landeshauptstadt bereit, in Potsdam verfügbare Unterbringungsplätze zur Verfü-

gung zu stellen, wenn es aufgrund der Einreise von Flüchtlingen aus Griechenland zu zusätzlichen Zuweisungen kommt.

Halteverbot im Kirchsteigfeld

Die Einrichtung eines Halteverbots im Kurvenbereich der Ricarda-Huch-Str. nach dem Abzweig Eleonore-Prochaska-Straße soll geprüft werden. Die dort häufig auf der Fahrbahn abgestellten Fahrzeuge verursachen regelmäßig gefährliche Situationen und Rückstaus bis in den Kreuzungsbereich an der Einfahrt zum Kirchsteigfeld. Dem entsprechenden Prüfauftrag der LINKEN wird zugestimmt.

Überwiesen

Parken in der Schiffbauergasse

Zur alljährlichen Verleihung des Ehrenamtspreises müsse dies für die geladenen Preisträger kostenlos sein, forderte Birgit Müller in ihrer Antragseinbringung. Pete Heuer schlug namens der SPD alternativ die kostenlose Nutzung des ÖPNV mit der Eintrittskarte vor. Antrag und Änderungsvorschlag wurden in den Hauptausschuss überwiesen.

Kurzstrecke mit 6 Stationen

Für die Beibehaltung der Gültigkeit des Kurzstreckentickets von 6 Stationen macht sich ein weiterer LINKEN-Antrag stark. Statt sich diesem Anliegen anzuschließen, wundern sich die Grünen lieber lautstark darüber, dass die LINKE Anträge zur Verbesserung der ÖPNV-Situation stellt. Burkhard Exner empfiehlt die Ablehnung des Antrages, da Potsdam bei den Kurzfahrten ohnehin schon sehr günstig sei. Trotz unseres Hinweises, dass eine Entscheidung vor dem Fahrplanwechsel getroffen werden müsse, um noch wirksam zu werden, wird der Antrag schließlich in den Haupt-, den Verkehrs- und den Umweltausschuss überwiesen.

Kita-Finanzierungsrichtlinie auf der Kippe

Eigentlich sollte in dieser Sitzung auch die neue Kita-Finanzierungsrichtlinie 2017 beschlossen werden. Nach einem zunächst zustimmenden Votum der Träger und der Ausschüsse schien eigentlich alles klar. Vorausgegangen war ein über einjähriger, mühseliger Verhandlungsprozess zwischen Jugendamt und den freien Kitaträgern. Offenbar waren aber doch nicht alle Fallstricke ausgeräumt: Am Vorabend der SVV wandten sich die Träger

mit einem Brief an Verwaltung und Fraktionen. Die Kritik konzentrierte sich auf die Festlegung einer Mieterstattung von 8,16/m² als ortsüblichem Vergleichswert. Den könne die Verwaltung nicht belegen und er sei so mit den Trägern auch nicht abgestimmt worden. Da dieser Wert offenbar auch rückwirkend angewendet werden solle, bringt dies einige Träger, die selbst Kitas errichtet haben und über die Mieterstattung ihre Investitionen re-

finanzieren müssen, in ernsthafte Schwierigkeiten.

Der zuständige Sozialbeigeordnete Mike Schubert reagierte sichtlich verärgert auf die Intervention "in letzter Minute". Dennoch stellte er die Vorlage noch einmal zur erneuten Ausschuss-Beratung zurück und stellte in Aussicht, bis zur Januar-Sitzung in erneuten Gesprächen mit den Trägern die offenen Fragen zu klären und eine konsensfähige Fassung vorzulegen.



Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107;
Beginn jeweils 18 Uhr
09.; 16. und 23. Januar; 06. und 13. Februar
2017

26. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Stadthaus, Plenarsaal
25. Januar 2017, Beginn 15 Uhr
Frühschoppen Rathausreport Live
29. Januar 2017, Beginn 10 Uhr
Club 91, Kastanienallee 22d, Stadtteil Potsdam West

Ausgabe des „Rathausreport“ Nummer 01/2017

Stadthaus, Raum 3.107
03. bis 07. Februar 2017 (außer Sa. und So.)

Info- Stände in den Stadtteilen

03. und 04. Februar 2017
Mit der Ausgabe des „Rathausreport“ und Informationen zu den Ergebnissen der 26. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. Januar 2017

Bürgersprechstunde Dr. Hans- Jürgen Scharfenberg (Mdl) und Fraktionsvorsitzender

Am 19. Dezember 2016
von 17 Uhr bis 18 Uhr
Im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39
(Bürgerhaus Stern*Zeichen)
Voranmeldungen sind möglich unter: Tel: 0331/6005069

Mail: buero.scharfenberg@gmx.de
Bitte denken Sie daran: Wenn Sie den Rathausreport abonnieren möchten, senden Sie bitte bis zum Jahresende 2016 für die 9 Ausgaben 2017 NEUN Briefmarken à 1,00 Euro an die Fraktion DIE LINKE.

„Die Kinder kommen schneller...“

Fraktionsvorsitzender Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg konnte am letzten „Rathausreport live“ in 2016 nicht teilnehmen. Der Grund: Er war am 11. Dezember in vorweihnachtlicher Familienmission andernorts gefragt. Die Teilnehmer im Waldstädter Haus der Begegnung hatten dafür Verständnis. Waren doch die beiden Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Dr. Karin Schröter und Stefan Wollenberg sowie die Fraktionsgeschäftsführerin, Dr. Sigrid Müller vor Ort, die auf alle Fragen fundiert antworten konnten.

In der Einladung stand noch „Potsdam hat einen neuen Baubeigeordneten...“. Als die Einladung geschrieben wurde, ging man noch davon aus, dass die Rathauskooperation dementsprechend „abstimmen“ würde. Was dann jedoch passierte, ist allen aus der Tagespresse bereits bekannt. DIE LINKE reagierte jedoch nicht etwa schadenfroh. Nein. „Wir brauchen nach mehr als einem Jahr einen neuen Baubeigeordneten“, betonte z. B. Dr. Schröter. Und er oder sie müssten vor allem Kompetenz, Leistungsfähigkeit und Erfahrungen mitbringen. Das Parteibuch sei nicht das Wichtigste. Alle Anwesenden waren sich einig, dass das Vorgefallene nicht dienlich sei für das Ansehen unserer Stadt.

So waren die weiteren Themen und Informationen aus der SVV vom 7. Dezember auch kurz und knapp erläutert (siehe auch Innenteil dieser Ausgabe). Größere Bauchschmerzen hatten die LINKEN mit dem auf der SVV aus Zeitgründen zu kurz beratenen Thema Haus-

halt 2017. „Wir werden aber bei der weiteren Beratung darauf achten, dass z. B. solche Themen wie das von uns geforderte kostenlose Mittagessen für bedürftige Kinder auf der Tagesordnung bleiben“, betonten die drei Stadtverordneten.

Im zweiten Teil des politischen Frühschoppens ging es um Themen, die auch den Wahlkreis tangieren. So die weiter unbefriedigende Situation rund um den Sportplatz am Kahleberg. Der KIS habe zwar in einem Schreiben an die Betroffenen Reparaturen des Platzbelages, der Platzbeleuchtung und der Sanitärein-



richtungen angekündigt. Doch diese Fragen seien „noch in der Diskussion“.

Ein stadtweites Problem behandelte Stefan Wollenberg. „Die Kinder kommen schneller als die Schulneubauten!“, so Wollenberg. Das Problem für Potsdam sei, dass es keinen idealen Baugrund gebe für die notwendigen Schulneubauten. So sei die Errichtung der Schule auf der jetzigen Sportanlage „Sandscholle“ für den Babelsberger Raum die einzig mögliche Variante. Und in Waldstadt ist das in der Nähe des Bahnhofs Bergholz-Rehbrücke eben ein 40.000 Quadratmeter großes Grundstück im Walde. Die Eröffnung dieser Schule sei für 2021/2022 geplant.

-bm

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

Vi.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE-Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81,
14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam